

1128/A XX.GP

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dipl.- Vw. Dr. Dieter Lukesch, Dr. Spindelegger
und Kollegen
betreffend neue Wege in der Forschung

Das Koalitionsübereinkommen verlangt die Ausarbeitung eines Konzeptes zur verbesserten Koordination und Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft im Forschungsbereich sowie den Ausbau von Maßnahmen zur Einzelprojekt - und Individualförderung. Zwar sind aus den Privatisierungserlösen entsprechende Geldmittel zur Verfügung gestellt worden, die entscheidende Neuordnung dieses Bereiches ist aber an einem Kompetenzstreit zwischen dem Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr und dem Bundeskanzler gescheitert. Dies betrifft auch die Schließung der Lücke zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung. Für die unterfertigten Abgeordneten ist die Forschungspolitik ein zentraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik.

Weitere Defizite der Forschungspolitik des Wissenschaftsressorts: Die Bemühungen um eine Großforschungseinrichtung sind bisher fehl geschlagen, die Förderungen von Netzwerkbildungen, eine Verstärkung der Betreuungseinrichtungen (z.B. des Büros für Innovation und Technik) zur Abstimmung und Verankerung österreichischer Schwerpunkte etc. bleiben unbefriedigend. Auch die Idee der Einrichtung von uni - eigenen Forschungsaktiengesellschaften wurde nicht aufgegriffen. Denn zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Universitäten im Forschungsbereich können sich die unterfertigten Abgeordneten vorstellen, daß auch österreichische Universitäten und Hochschulen nach britischen und amerikanischen Vorbildern zur Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse uni - eigene Forschungsaktiengesellschaften einrichten und der Bund einen Teil dieser Aktien zeichnet. Zur Stärkung des Innovations - , Forschungs - und Technologiestandortes Österreich wollen wir eine dauerhafte finanzielle Absicherung von Forschungs - und Technologieoffensiven im Rahmen der universitären, außeruniversitären und privaten Forschungseinrichtungen. Neue Mittel sollen auch in Zusammenarbeit mit der Oesterreichischen Nationalbank erschlossen werden.

Weiters sollen 1.000 auf fünf Jahre befristete „Forschungsassistenten“ - Stellen eingerichtet werden, um Jungforschern den Einstieg in ihre Forschungsarbeiten zu ermöglichen. So soll den Versteinerungstendenzen des derzeit gültigen Hochschullehrerdienstrechtes entgegengewirkt werden, damit sich das Dienstrecht nicht zum Nachteil der jungen Generation von Forschern niederschlägt. Denn ein neues Dienstrecht für die Universitäts - Lehrer wird noch auf sich warten lassen. Die Kosten für diese arbeitsplatzschaffende Maßnahme sind etwa 500 Millionen ÖS.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

„Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr wird ersucht, bis längstens 1.12.1999 dem Nationalrat geeignete Gesetzesvorschläge zu unterbreiten, mit welchen 1.000 auf fünf Jahre befristete „Forschungsassistenten“ - Stellen eingerichtet werden, um Jungforschern den Einstieg in ihre Forschungsarbeiten zu ermöglichen, weiters die Voraussetzungen zu schaffen, damit Universitäten uni - eigene Forschungsaktiengesellschaften einrichten können und der Bund einen Teil dieser zeichnet, sowie in Zusammenarbeit mit der Oesterreichischen Nationalbank neue, Budget - unabhängige Mittel für die Forschung zu erschließen.“